Klimmt-Freunde Lafontaine, Ernst
Einsatz für Mitbürger

der Zeit, als die 2,5 Millionen Mark ausgezahlt wurden.

Löffler versteht die Großspende als „Dankeschön“ für Klimmts Bemühungen, da er bei Problemen „immer Unterstützung erfahren“ habe. Löffler: „Wenn es die CDU gewesen wäre, hätte die es halt bekommen.“

Und weil alles so wunderbar geklappt hatte, erhielt der klamme Salomon-Verwalter kurz darauf noch mal ein Darlehen über 2,5 Millionen Mark von der Sparkasse.

Dann tauchten plötzlich doch Probleme auf. Der von Rebmann präsentierte Wechsel wurde mehrfach prolongiert, weil Salomon nicht zahlte. Schließlich wurde die Summe, wie Huber sich erinnert, bei der Sparkasse „in einen Barkredit an Salomon umgewandelt“. Für den habe der Firmeninhaber schließlich persönlich gebürgt.

Zurückgezahlt wurde das Darlehen laut Huber bis heute nicht. Der bayerische Moksel-Konzern, neuer Salomon-Eigentümer, fechte den Kredit an.

Daß Klimmt von der schlechten Finanzlage seiner Unternehmerfreunde nichts geahnt hat, ist wenig wahrscheinlich. Als intimer Kenner der Finanzprobleme des 1. FC Saarbrücken mußte der Sozialdemokrat wissen, daß 1987 zwei Rebmann-Schecks über insgesamt 800 000 Mark, die den Verein vor dem Konkurs retten sollten, geplatzt waren. Höchste Vorsicht wäre mithin geboten gewesen.

Hinzu kommt, daß Löffler, wie er in seiner Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft schilderte, Klimmt mehrfach vor den angeblich unseriösen Praktiken Rebmanns gewarnt haben will. Die einstigen Freunde Löffler und Rebmann sind inzwischen verkracht.

Entrüstet ist Löffler vor allem darüber, daß Rebmann von den ersten 2,5 Millionen Mark, die er von der Sparkasse erhielt, angeblich eine Million für sich abzweigte. Vereinbart sei gewesen, die gesamte Summe an Löffler weiterzugeben. Rebmann behauptet allerdings, er habe entsprechende Forderungen an Salomon gehabt.

Die Staatsanwaltschaft hegt den Verdacht, ein Teil dieses Betrages sei an den 1. FC Saarbrücken geflossen. Darüber habe er, sagt Löffler, Klimmt auch informiert.

Das bestreitet der SPD-Fraktionsvorsitzende. Sollte sich das Gegenteil erweisen, hätte dies für Klimmt höchst unangenehme Folgen. Er wäre dann dem Verdacht ausgesetzt, er habe hochgradig unseriöse Praktiken seines Freundes Rebmann gedeckt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende fühlt sich, wie im Fall Lacour, wieder einmal rundherum mißverstanden. Es gehöre nun mal zu seinen Aufgaben als Abgeordneter, argumentierte er im kleinen Kreis, sich für die Anliegen von Mitbürgern einzusetzen.

Am Donnerstag vergangener Woche schriftlich vorgelegte Fragen des SPIEGEL hat Klimmt nicht beantwortet – ohne Begründung. Statt dessen ließ er vergangenen Freitag in Saarbrücken verbreiten, es werde eine bundesweite Kampagne gegen ihn vorbereitet.

Klimmt ließ es nicht bei der telefonischen Fürsprache für das Duo Rebmann und Löffler bewenden. Im Dezember 1990 erschien Löffler zu einem Gespräch bei der Sparkasse Saarbrücken in prominenter Begleitung. Bank-Mann Huber erinnert sich: „Da kam auch der Herr Klimmt mit.“

Bei diesem Gespräch spielte das Anliegen der Firma Salomon keine Rolle. Diesmal ging es um das Hobby des Fußballfans Klimmt: die Finanzlage des 1. FC Saarbrücken. ❑

Kriminalität

Eklatant fehlerhaft

Einer der größten Steuerskandale der Republik, die Schieberei um das Bäderunternehmen Zwick, steht vor der Aufklärung.

Die Herren von der Staatsanwaltschaft hatten einen Haftbefehl in der Tasche, zeigten sich aber großzügig: Der Jungunternehmer Johannes Zwick, 38, den sie, frühmorgens am Dienstag vergangener Woche, im niederbayerischen Pocking abpaßten, durfte noch rasch seine drei Kinder zur

* Bei der Verhaftung am 11. Januar.

Unternehmer Zwick, Polizeibeamte*: Schlag gegen den Clan

Schule bringen. Dann mußte er sich unverzüglich „zur Verfügung stellen“.

Zwick junior, Sohn und Nachfolger des in die Schweiz geflüchteten Bädermillionärs Eduard Zwick, 72, aus Bad Füssing, steht unter dringendem Tatverdacht, rund 100 Millionen Mark Steuern hinterzogen zu haben. Der Chef der Johannesbad Reha-Kliniken AG, eines bundesweit verzweigten Bäderimperiums, wurde wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft genommen.

Steuerfahnder durchsuchten auf Beschluß des Ermittlungsrichters am Amtsgericht Landshut (Aktenzeichen: Gs 1522/93 b) Zwicks Wohnungen und Büros in Bad Füssing sowie Saarbrücken, wohin Zwick 1989 aus steuerlichen Gründen seinen Firmensitz verlegt hatte.

Die Beamten beschlagnahmten körbeweise Akten. Gefilzt wurden auch Kraftfahrzeuge, dazu „Person“ und persönliche „Sachen“ von Johannes Zwick und seiner mitbeschuldigten Ehefrau Sabine, 37.

Einer der größten Steuerskandale der Bundesrepublik, ein undurchsichtiges Schachtelgeschäft mit Strohmännern, Scheinfirmen und internationalen Transaktionen, steht, so scheint es, vor der Aufklärung. Die Staatsanwaltschaften in Bayern und im Saarland wollen nun, längst überfällig, ihre Ermittlungen gegen Zwick koordinieren.

Bislang haben sie nebeneinander herrecherchiert, mit unterschiedlichen Voraussetzungen: Während der Fiskus im Freistaat bei Zwick kein Pardon mehr kennt, wird der Unternehmer vom Finanzamt in Saarbrücken noch immer wie ein Gönner behandelt – womöglich sogar rechtswidrig bevorteilt.

Wenn es noch eines Beweises für die seltsame Fürsorge der Saarländer bedarf, dann liegt er jetzt mit einem umfangreichen, streng geheimen Bericht des Saarbrücker Rechnungshofs vor: Die Prüfer bezeichnen die Praxis im SPD-regierten Bundesland, sämtliche Einrichtungen des Bäderkomplexes wie steuerbegünstigte Kliniken zu behandeln, als „eklatant fehlerhaft“.

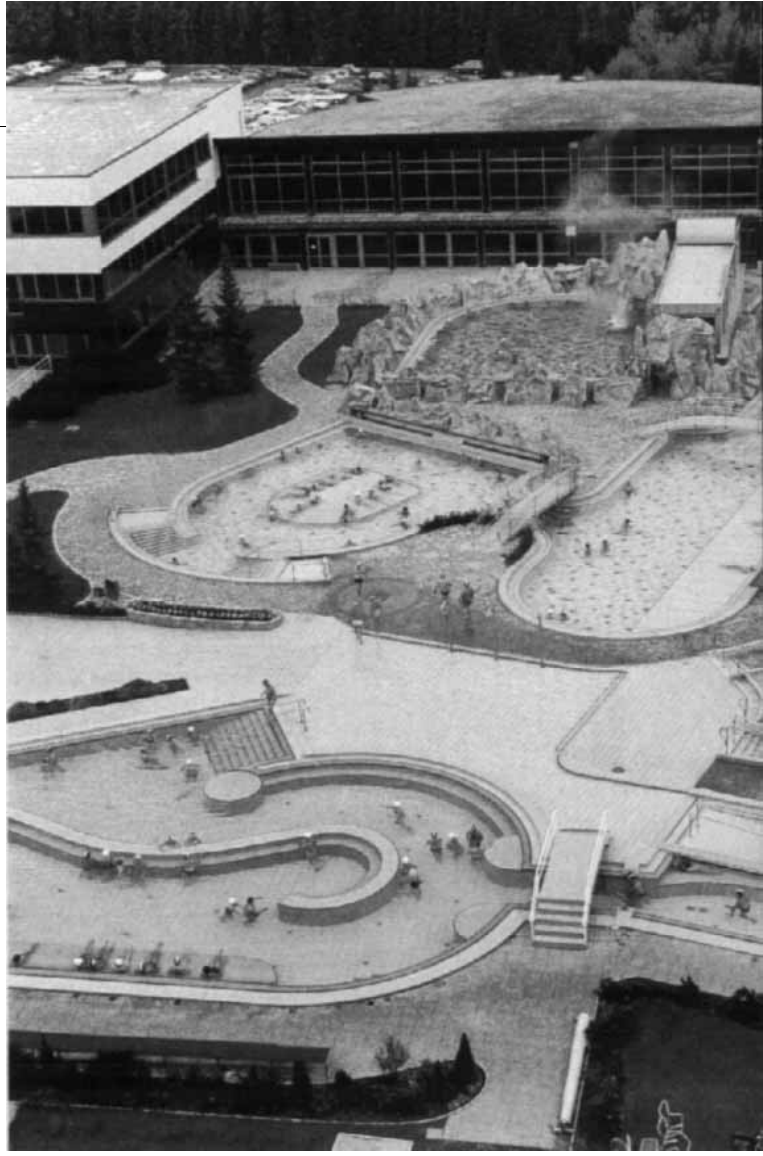
Dank dieses einzigartigen Steuerprivilegs flossen an der Saar, wo die Kassen leer und Arbeitsplätze rar sind, Millionenbeträge aus zuvor bezahlter Gewerbe-, Umsatz- und Körperschaftsteuer in Zwick-Unternehmen zurück. Alte Steuerbescheide des Passauer Finanzamtes wurden von den Kollegen in Saarbrükken einfach außer Kraft gesetzt.

Laut Rechnungshofbericht gelang es der Johannesbad AG an ihrem neuen Sitz sogar, rückwirkend mehr Geld aus der staatlichen Schatulle zu schöpfen, als sie dorthin abgeführt hatte. Die Prüfer errechneten einen Überschuß von mehr als 26 Millionen Mark.

Einzelfälle scheinen die Kontrolleure regelrecht geschockt zu haben. So beantragten zwei Firmen der Zwick-Gruppe, mit Unterschrift vom 6. August 1990, eine Rückerstattung der Körperschaftsteuer von rund 108 Millionen Mark. Die gewaltige Summe wurde, buchstäblich postwendend, schon zwei Tage später in vollem Umfang bewilligt.

Zumindest in diesem Fall hielt die Saarbrücker Finanzbehörde offenkundig jegliche Nachprüfung für überflüssig. Die „große Eile und bevorzugte Behandlung“ können sich die Beamten des Rechnungshofs nur mit einer Art vorauseilenden Gehorsams erklären.

Frühere Worte des Saar-Finanzministers Hans Kasper (SPD), den steuerlichen Anliegen des Übersiedlers aus Bayern möge „möglichst bald entsprochen werden“, sind nach dem Eindruck der Prüfer wie eine „verbindlich gegebene Zusage“ aufgefaßt worden. Sie vermuten, Beamte des Ministeriums wie der Finanzbehörde seien „von dem Gedanken geleitet“, der Minister wolle Zwicks Steuersachen sofort erledigt wissen.



Zwick-Unternehmen Johannesbad AG
„Bevorzugte Behandlung“

Doch die Fürsorge nutzt Zwick nicht länger: Die Bayern haben offenbar genug Material, um gegen den Firmenchef strafrechtlich vorzugehen.

Was die Auswertung der kassierten Akten auch ergeben mag: Schon die vorliegenden Erkenntnisse, die den Schlag gegen den Zwick-Clan ermöglichten, scheinen aufschlußreich genug.

Es zeichnet sich die Geschichte einer raffinierten Vermögensverschleierung und einer ausgeklügelten Transaktion zwischen Vater und Sohn ab. Beides wurde offenkundig von bayerischen CSU-Ministern hilfreich befördert, sei es aus Dummheit oder Kumpanei.

Der alte Zwick, ein Spezi des langjährigen CSU-Chefs Franz Josef Strauß, war 1982 mit seinen Johannesbad-Aktien getürmt und hatte rund 70 Millionen Mark Steuerschulden hinter sich gelassen. Schon seit 1984 verhandelte deshalb das bayerische Finanzministerium mit dem vom Vater bevollmächtigten Sohn und damaligen Johannesbad-Geschäftsführer, wie es mit den Rückständen weitergehen sollte.

Es war wohl nicht von Nachteil für die Schuldnerfamilie, daß die entscheidende Endphase der Verhandlungen in die Amtszeit des CSU-Politikers Gerold Tandler fiel. Der war mit Vater Zwick noch geschäftlich verbandelt, als der als Steuersünder schon per Haftbefehl gesucht wurde.

Ergebnis: Ende 1990 wurde das Verfahren niedergeschlagen. Der Fiskus verzichtete auf weitere Maßnahmen, weil nach Einlassungen des Juniors glaubhaft geworden sei, daß kein „inländisches Vermögen“ des Seniors mehr existiere. Dieser sogenannte Vermögensstatus war bei den ministeriellen Verhandlungen bereits im Dezember 1987 festgehalten worden.

Da schienen die Zwicks schon aller Sorgen enthoben: Im April 1987 hatte der Papa seine Bäderpapiere für 46 Millionen Mark an eine ominöse Firma Fitelec GmbH veräußert. Die war eigens zum Kauf des Aktienpakets gegründet worden. Das Unternehmen seinerseits wurde von dubiosen Holdinggesellschaften in Luxemburg gehalten.

Im Januar 1988 verleibte sich eine auch nur vorübergehend existierende

Vater Zwick, Freund*: 70 Millionen Mark Steuerschulden hinterlassen

Firma Gefit AG die Fitelec zum merkwürdig hoch gestiegenen Preis von 110 Millionen Mark ein. Und am Ende verschmolzen alle Unternehmungen auf wundersame Weise in der Saarbrücker Johannesbad Reha-Kliniken AG des Johannes Zwick, der mit seiner Frau Sabine schon hinter der Gefit gestanden hatte (SPIEGEL 43/1993).

Nach den jüngsten Ermittlungsergebnissen hatte der junge Zwick seine Verhandlungspartner im bayerischen Finanzministerium bei alldem glatt hereingelegt – oder sie haben sich bereitwillig nasführen lassen. Das Schlüsseldokument dafür liegt den Staatsanwälten jetzt vor: ein Protokoll des Kreditausschusses des Verwaltungsrats der halbstaatlichen Bayerischen Landesbank vom 12. Januar 1988.

Es behandelt ein Konsortialdarlehen in Höhe von 150 Millionen Mark, das dem jungen Zwick im Dezember 1987 federführend durch die Landesbank bewilligt wurde – zum Aufkauf der Fitelec-Anteile und mithin der väterlichen Johannesbad-Aktien.

Aus dem Protokoll ergibt sich für die Ermittler „eindeutig, daß die Familie Zwick hinter den luxemburgischen Holdings“ gestanden habe. Die Staatsanwaltschaft hält es nun auch für „bewiesen, daß die gewählte Konstruktion“ – von Vater über Fitelec auf Gefit und den Sohn – „lediglich der Vermögensumschichtung innerhalb der Familie diente“.

Das Bankdokument beweist nach Einschätzung der Ermittler auch, daß der zur selben Zeit festgestellte Vermögensstatus, der alte Zwick besitze in Deutschland nichts mehr, erschwindelt wurde. Der Junior habe nämlich verschwiegen, daß sein Vater das 150-Millionen-Darlehen absicherte, indem er dem Bankenkonsortium festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 30 Millionen Mark zur Verfügung stellte. Damit war „inländisches Vermögen“ des Seniors greifbar geworden.

Finanzminister im Dezember 1987 war Tandlers Vorgänger Max Streibl, der spätere Ministerpräsident. In seinem Ministerium wurde akzeptiert, daß bei Eduard Zwick nichts zu holen sei.

Zur selben Zeit muß Streibl aber von der 30 Millionen Mark schweren Sicherheit erfahren haben. Schließlich war er als Finanzminister zugleich im Vorsitz des Landesbank-Verwaltungsrats und damit auch automatisch Mitglied des Kreditausschusses.

Sollte ihm damals der Widerspruch in der Vermögensbewertung des Steuerflüchtlings aufgefallen sein, dann hätte er sich womöglich einer amtlichen Beihilfe zur Steuerhinterziehung oder zur Vereitelung von Beitreibungsmaßnahmen schuldig gemacht.

Merkwürdig erscheint schließlich auch, daß es seinerzeit keinem in der erlesenen Runde des Kreditausschusses dämmerte: Die Banker finanzierten eine illegale Transaktion an der Steuer vorbei und verursachten so für den Staat einen Millionenverlust.

Für die immense Differenz zwischen dem Verkaufspreis von 46 Millionen Mark und der Wiedererwerbssumme von 110 Millionen Mark gibt es für die Ermittler jedenfalls nur eine Erklärung: Die 64 Millionen Mark seien als Buchgewinn für den Zwick-Clan an die von der Familie beherrschten Holdings nach Luxemburg geflossen – und futsch für den deutschen Fiskus. ❑

* CSU-Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Anfang der achtziger Jahre.

Konservative

Rep light

Der frühere FDP-Politiker Manfred Brunner will eine neue Rechtspartei aufbauen. Unterstützung kommt aus Österreich.

Auf der Suche nach einer politischen Heimat kehrt Manfred Brunner, von 1983 bis 1988 bayerischer FDP-Chef und derzeit parteilos, zu den Ursprüngen zurück. Schon im Knabenalter erfuhr Brunner dank des Großpapas, der ihn auf Veranstaltungen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mitschleppte, erste politische Prägung.

Da es nie zu spät ist für eine glückliche Kindheit, läßt Brunner, 46, nun alte Erinnerungen aufleben. Der nationalpopulistische FPÖ-Chef Jörg Haider, 43, der es bei Wahlen in Österreich auf bis zu 29 Prozent der Stimmen gebracht hat, soll ihm im deutschen Superwahljahr zum politischen Erfolg verhelfen.

Viel Glück hat Brunner in letzter Zeit nicht gehabt. Bundeskanzler Helmut Kohl löste ihn 1992 als Kabinettschef des EG-Kommissars Martin Bangemann (FDP) ab, weil Brunner sich scharf gegen den Maastricht-Vertrag gewandt hatte.

Auch bei den Freidemokraten, die Brunner voriges Jahr verließ, handelte sich der Bayer nur noch Ärger ein. Das begann, als er im September 1992 seinen rechten Spezi Haider, zum Verdruß der Bonner Parteiführung, bei einer FDP-Veranstaltung im baden-württembergischen Bad Cannstatt begrüßte. Den Österreicher rühmt Brunner als „einen Reformer von großem Format“, für den lege er „die Hand ins Feuer“.

Mit Unterstützung aus Österreich möchte Brunner nun eine auf seriös getrimmte rechte Protestpartei aufbauen, die bei den Wählern von CSU und Republikanern (Rep) tingeln soll. Als „Bund freier Bürger“ will Brunner seine neue Partei am kommenden Sonntag im Weimarer Hilton-Hotel gründen. Die Partei soll zu den Europawahlen im Juni und zur Bundestagswahl im Herbst antreten, möglicherweise auch zu Landtagswahlen.

FPÖ-Chef Haider hat sich bereit erklärt, seinen Freund Brunner bei Wahlkampfauftritten in Deutschland zu begleiten. Im Gegenzug wirbt Brunner bei den Seinen für Haiders Buch „Die Freiheit, die ich meine“, ein Manifest des Nationalpopulismus.

In einem Entwurf programmatischer Leitsätze kritisiert der Brunner-Bund